EVANGELISCHE ZEITUNG

Mediziner begrüßen geplantes EU-Verbot sozialer Medien für Kinder

Jugendpsychiater: Mindestalter für Smartphones ist sehr wünschenswert

epd

17. Sep 2026 · 3 Minuten Lesezeit

Das geplante Social-Media-Verbot der Europäischen Kommission für Kinder unter 13 Jahren ist in Niedersachsen und Bremen überwiegend auf ein positives Echo gestoßen. „Aus kinder- und jugendpsychiatrischer sowie suchtmedizinischer Sicht ist ein Mindestalter für die Nutzung von Social-Media-Plattformen sehr wünschenswert“, sagte der Jugendpsychiater Frank Fischer dem Evangelischen Pressedienst (epd). Wichtig sei, dass die neuen Regeln mit umfassender Aufklärung und Präventionsmaßnahmen in den Schulen einhergingen. Fischer ist Oberarzt der Jugendsuchtklinik „Teen Spirit Island“ des Kinderkrankenhauses „Auf der Bult“ in Hannover.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte am Mittwoch ein Verbot sozialer Medien für Kinder unter 13 Jahren angekündigt. Vom 13. bis zum 15. Lebensjahr sind den Plänen zufolge nur von den Eltern eingerichtete und beaufsichtigte „Mini-Konten“ mit eingeschränkten Funktionen und zeitlicher Begrenzung von einer Stunde pro Tag zulässig. Für die Altersgruppe zwischen 15 und 18 Jahren sollen sich die Plattformen auf ein sicheres Design verpflichten. Suchtfördernde Algorithmen, Funktionen für endloses Scrollen oder das automatische Abspielen von Videos wären damit verboten.

Für Kinder, Jugendliche und Familien sei es wichtig, dass sie nicht im virtuellen Raum nicht alleingelassen würden, sagte Fischer. „Das Signal lautet: Wir haben die Gefahren der digitalen Plattformen erkannt und reagieren entsprechend“. Die Tech-Industrie verfolge das Ziel, Kinder und Jugendliche bewusst abhängig zu machen.

Auch aus entwicklungspsychologischer Sicht sei der Vorstoß richtig, sagte Christoph Müller, Leiter des Therapie- und Beratungszentrums Winnicott Institut in Hannover. „Kinder und Jugendliche brauchen echte Beziehungserfahrungen und körperlich-leibliches freies Spiel, um Gefühle regulieren zu lernen“, unterstrich der Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeut. Die unkontrollierte Nutzung von Smartphones gefährde diese fundamentalen Voraussetzungen einer gesunden Entwicklung.

Ein Mindestalter allein wird das Problem aus Sicht von Müller aber nicht lösen: „Es wäre wichtig, die Debatte um den Einfluss passiven Konsums von Eltern und anderen Bezugspersonen zu erweitern.“ Wichtig sei es ferner, Kindertagesstätten, Horte und Schulen besser personell auszustatten. Nur so könne es gelingen, Kindern eine analoge Welt anzubieten, die attraktiv und konkurrenzfähig zu digitalen Räumen sei.

Die Direktorin der Bremischen Landesmedienanstalt, Cornelia Holsten, bewertete die Ankündigung der Kommission zurückhaltend. Den angekündigten Gesetzentwurf werde man sich genau anschauen müssen, sagte sie dem epd. Ein Gesetz allein verhindere noch kein Cybergrooming und keine Gefährdung der Jugendlichen. „Sollen Eltern wirklich die Verantwortung dafür tragen, was die Plattformen anrichten? Und wer überwacht das Verhalten der Eltern, eine Jugendschutzaufsicht in Brüssel?“.

Die Buchautorin und Bildungsexpertin Silke Müller hält die Pläne der EU-Kommission ebenfalls für unzureichend. Die Altersgrenze von 13 Jahren stehe bei vielen Plattformen längst in den Nutzungsbedingungen, ohne dass sie zuverlässig durchgesetzt werde, sagte die frühere Schulleiterin dem epd. „Wir haben kein Erkenntnisproblem mehr, sondern ein Umsetzungsproblem“.